

# Nur der Staat kann helfen

Von

Heiner Flassbeck

Rheinischer Merkur, 10. April 2008

In der letzten Woche gab es einen bemerkenswerten Artikel in der in London erscheinenden Financial Times, in dem nachgewiesen wurde, dass die Finanzkrise, die von den Häusermärkten in den USA ausging und inzwischen sogar den hintersten Zipfel Bayerns erfasst hat, am Ende nur vom Staat bereinigt werden kann. Gerade im angelsächsischen Sprachraum also, den wir doch seit Jahrzehnten für seinen festen Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes und das dauernde Versagen des Staates bewundern, ist im Gefolge der Jahrhundertkrise an den Finanzmärkten ein dramatisches Umdenken im Gang, das auch unserer Wirtschaftspolitik zu denken geben sollte.

Der Autor der britischen Wirtschaftszeitung erklärt auch sehr anschaulich, warum man jetzt den Staat als Retter in der Not braucht. Er sagt, überschuldete Individuen, und davon gibt es jetzt ja eine ganze Menge, haben nur drei Möglichkeiten, sich aus ihrer misslichen Lage zu befreien. Sie können ihre Ausgaben unter ihre Einnahmen senken, sie können versuchen, die letzten Anlagen, die sie haben, an jemand anderes verkaufen, oder, wenn alles nicht mehr hilft, müssen sie Bankrott anmelden, also ihre Schulden einfach nicht zurückzahlen. Das klingt vernünftig, hilft aber der Gesamtwirtschaft überhaupt nicht.

Warum das so ist, ist für jeden Menschen, der bereit ist, für einen Moment einmal seine ideologischen Scheuklappen abzulegen, unmittelbar einsichtig. Die Schulden eines Menschen sind nämlich immer die Vermögen eines anderen, die Ausgaben eines Haushalts sind die Einkommen eines anderen und der Bankrott eines Schuldners ist der Vermögensverlust eines Gläubigers. Wenn viele zu hoch verschuldet sind und zur gleichen Zeit versuchen, ihre Schulden herunterzubringen, reißen sie das System noch weiter in die Tiefe und die Anpassungsreaktion derer, die bisher noch gut dastanden, wird die Spirale nach unten weiter verstärken. Nur massive Zinssenkungen durch die Notenbank und höhere Schulden des Staates können eine Volkswirtschaft stabilisieren, die nah am Abgrund das Gleichgewicht verliert.

Die Schlussfolgerung des englischen Journalisten ist einfach und kann eigentlich nicht bestritten werden: Eine Volkswirtschaft kann man nicht mit guter Kenntnis in Betriebswirtschaftslehre oder in guter privater Haushaltsführung steuern, weil sie völlig anderen Gesetzen folgt. Doch genau dieser Satz ist es, der seit Jahrzehnten in Deutschland nicht nur ignoriert, sondern mit allen Mitteln politischer und medialer Kriegsführung aufs Heftigste bekämpft wird. Wie sonst könnten wir so fest glauben, dass staatliche Schulden zukünftige Generationen belasten oder dass wir unsere Ersparnisse in die Zukunft transportieren können, um gegen die Alterung vorzusorgen. Aber wenn Krisen etwas Gutes haben, dann ist es in der Regel immerhin eine wachsende Bereitschaft, die eigenen Vorurteile in Frage zu stellen. Wir dürfen gespannt sein, ob das auch in Deutschland sichtbar wird.